

## **5. Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) – faire Startchancen für alle**

Antrag des Regierungsrates vom 1. März 2023 und Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 3. Oktober 2023

KR-Nr. 340b/2029

*Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK):* Die KBIK beantragt Ihnen mit 8 zu 7 Stimmen, dieses Postulat «FBBE – faire Startchancen für alle» mit abweichender Stellungnahme abzuschreiben. SP, AL und GLP fordern damit, die Angebote der frühkindlichen Betreuung zu überprüfen und mit einer umfassenden, bereichsübergreifenden Strategie besser zu vernetzen und zu kommunizieren; dies mit dem Ziel, dass auch Kinder aus benachteiligten Familien diese Angebote vermehrt nutzen.

Der Regierungsrat hat uns dazu sehr ausführlich Bericht erstattet. Er erwähnt sein entsprechendes Legislaturziel, die vom Kantonsrat in diesem Bereich überwiesenen Vorstösse und die geplante Revision des Kinder und Jugendhilfegesetzes (KJHG). Auch werden die Zuständigkeiten von Kanton und Gemeinden gemäss KJHG und gemäss Kinder und Jugendheimgesetz (KJG) und Gesundheitsgesetz erklärt. Das Angebot im Kanton Zürich beurteilt er als vielfältig und gut bis sehr gut. Das Erreichen der Eltern und deren Versorgung mit Informationen über die Angebote stelle jedoch eine Herausforderung dar. Die Vernetzung und Koordination in den Gemeinden finde unterschiedlich statt, wobei das AJB den Gemeinden hierbei auch Unterstützung anbiete. Innerhalb der Verwaltung finde ein projektbezogener Austausch statt, eine eigentliche Koordinationsstelle sei nicht installiert. Mit der Revision des KJHG würden eine intensivere Information und systematischere Kontakte zu Eltern mit Kindern im Vorschulalter angestrebt. Ebenso sollen die Datengrundlagen zu Bedarf und Nutzung der Angebote verbessert werden. Den Jugendhilfestellen soll eine ausgeprägtere Rolle bei der Angebotsvermittlung und Koordination zukommen. Die Gemeinden sollen für Kindertagesstätten in Zukunft weitergehende Qualitätsvorgaben machen können, und Kanton und Gemeinden sollen sich stärker an den Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung beteiligen.

Die Kommissionsmehrheit erachtet die Forderungen des Postulats mit diesem Bericht als noch nicht erfüllt. Sie unterstreicht dies mit ihrer anderslautenden Stellungnahme. Sie stellt grössere Angebots- und Qualitätssicherungslücken fest und eine deutlich mangelhafte Koordination der Angebote. Eine kantonal übergeordnete Koordinationsstelle sei dringend in Betracht zu ziehen. Der Kanton solle sich endlich finanziell an der familienergänzenden Kinderbetreuung beteiligen. Auch soll er die Finanzierung weiterer Angebote prüfen.

Die Kommissionsminderheit stellt den Antrag, keine abweichende Stellungnahme abzugeben, sie verweist auf die laufende Gesetzesrevision. Und die Nutzung der Angebote im Bereich der frühkindlichen Betreuung sei schliesslich auch freiwillig.

Die KBIK dankt Ihnen, wenn Sie das Postulat mit abweichender Stellungnahme als erledigt abschreiben.

***Minderheitsantrag Rochus Burtscher, Marc Bochler, Marc Bourgeois, Alexander Jäger, Ursula Junker, Roger Schmidinger, Kathrin Wydler:***

***II. Es wird keine abweichende Stellungnahme abgegeben.***

*Ursula Junker (SVP, Mettmenstetten):* Frühe Förderung ist unbestritten zentral für eine gesunde Entwicklung der Kinder und bildet das Fundament für die Entwicklung von Sozialkompetenz, Gesundheit und Bildung. Die Familie ist dabei der erste und wichtigste Lernort, eine grosse Aufgabe, die die Eltern zweifellos nicht allein stemmen können. Im Idealfall werden sie durch ihr Umfeld unterstützt, im Weiteren tragen die Schulen, die Gemeinden und der Kanton durch vielfältige, für die Eltern grösstenteils kostenlose Angebote ihren Teil zur Unterstützung bei Erziehung, Gesundheit und Bildung bei. Der Regierungsrat legt in seinem ausführlichen Bericht dar, dass bereits ein umfassendes, qualitativ gutes Angebot zur frühen Förderung vorhanden ist, welches auf den Empfehlungen der schweizerischen UNESCO-Kommission (*Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur*) basiert. Dies konnte ich selber feststellen, als ich mich in meiner Funktion als Sozialvorsteherin mit der frühen Förderung beschäftigte. Das Angebot der Bildungsdirektion umfasst nicht nur qualitativ gute und kostenlose Angebote für Eltern, sondern auch für Gemeinden, welche sich mit der frühen Förderung auseinandersetzen und in diesem Bereich etwas aufbauen wollen. So konnten wir zum Beispiel ein Coaching durch das AJB (*Amt für Jugend und Berufsberatung*), Gemeinwesenarbeit, während eines Jahres kostenlos beziehen. Die Frage, wie ich die Familien erreiche, insbesondere auch diejenigen, welche Unterstützung nötig haben, ist zentral und eine wirkliche Herausforderung. Aber das kann nicht auf kantonaler Ebene gelöst werden mit irgendwelchen Konzepten. Da ist Knochenarbeit in den Gemeinden gefragt. Das Gleiche gilt für die Vernetzung aller in der frühen Kindheit tätigen Akteure in einer Gemeinde. Fazit: Der Kanton hat eine Steilvorlage gespielt. Nun ist es an den Gemeinden, den Ball zu übernehmen. SVP und EDU schreiben das Postulat ab.

*Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil):* Der Regierungsrat hat im Bericht aufgezeigt, dass bereits verschiedene Angebote im Bereich der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung existieren. Nach der Situationsanalyse sind dann auch die vier Handlungsfelder «Angebote für alle», «Koordination und Vernetzung», «Qualitätssicherung und Förderung» und die «Finanzierung» aufgelistet sowie geplante Massnahmen. Doch der Bericht vermag bei weitem nicht alle geforderten Punkte des Postulats zu beantworten. Deshalb ist für uns seitens SP klar, dass es eine abweichende Stellungnahme braucht.

Erstens: Bei den Angeboten für alle ist für uns nicht verständlich, wieso nichts gemacht wird, damit die fehlenden Angebote vorhanden sind. Die Unterschiede zwischen den Gemeinden sind immens. Teilweise gibt es keine Tagesfamilien, in 13 Gemeinden fehlen sogar Spielgruppen. Wie sollen dann Kinder lernen, sich in

Gruppen mit Gleichaltrigen auszutauschen, sich auch mal zurückzunehmen, sich in einer Gruppe zu verhalten, voneinander Dinge abzuschauen? Es braucht vielfältige Angebote, welche sich nach dem Bedarf ausrichten sollen, und dafür braucht es eine fortlaufende Situationsanalyse. Wenn ein Angebot nicht funktioniert, muss es zwingend angepasst oder vielleicht auch nur bekannter gemacht werden.

Zweitens: Eine gute Zusammenarbeit ist wichtig. Es soll nicht nur ab und zu ein Austausch stattfinden. Auch eine kantonale übergeordnete Koordinationsstelle für den Bereich der frühen Kindheit möchten wir.

Drittens: Überall legen wir viel Wert auf die Qualitätssicherung. Sonst ist doch einfach auch nur klar, dass bei der Arbeit mit unseren Kleinkindern genau dasselbe gelten soll. Die Angebote der frühen Förderung – diese muss mit effektiven Projekten funktionieren –, welche die Kinder einerseits fördern, aber auch als Unterstützung für die Familien dienen.

Viertens: Damit alle Kinder die Angebote im Bereich der frühen Förderung nutzen können, braucht es zugängliche Angebote, welche bezahlbar sind.

Bitte unterstützt also mit uns diese abweichende Stellungnahme, da noch viel Arbeit auf den Kanton wartet, damit alle Kinder von den Angeboten im Bereich der frühen Kindheit profitieren können. Es fehlt ein umfassendes Angebot – entgegen der Aussage meiner Vorrednerin. Insbesondere eine umfassende und directionsübergreifende Strategie fehlt. Diese soll gemeinsam entwickelt werden. Danach braucht es allenfalls Anpassungen und Ergänzungen bei den notwendigen gesetzlichen Grundlagen.

*Livia Knüsel (Grüne, Schlieren):* Wir hören von der Bildungsdirektion, dass die FBBE-Angebote im Kanton Zürich insgesamt zahlreich und vielseitig sind, der Bericht des Regierungsrates erläutert diese Angebotslandschaft auf kantonaler wie kommunaler Ebene sehr detailliert. Es gebe nur noch zwei Lücken zu schliessen: Erstens sei es schwierig, Familien mit besonderem Förderbedarf zu erreichen. Die zweite Lücke tue sich bei der mangelnden finanziellen Unterstützung dieser Familien auf, wenn sie frühkindliche Betreuungs- und Unterstützungsangebote nutzen wollen.

Der Kantonsrat hatte eine stärkere Beteiligung der öffentlichen Hand bereits in verschiedenen Motionen gefordert. Um diese beiden Lücken zu schliessen, verweist die Bildungsdirektion in ihrem Bericht auf die laufende Revision des KJHG. Die Vernehmlassung erfolgte 2022. Von der Bildungsdirektion wurde uns versprochen, dass die neue Vorlage dem Kantonsrat per Ende 2023 respektive Anfang 2024 vorliege. Bis jetzt ist das nicht geschehen.

Auch wir Grüne sind der Meinung, dass es mehr als zwei Lücken gibt, die zu schliessen sind. So muss der Vernetzung der verschiedenen Angebote mehr Rechnung getragen werden. Es reicht nicht, dass die kantonale Verwaltung dieses Kriterium erfüllt. Denn die familienergänzenden Angebote sind kommunal geregelt, oft von privater Hand organisiert und von Gemeinde zu Gemeinde anders. So kann es sein, dass es hier eine Tagesfamilie gibt, in der Nachbarsgemeinde nicht.

Eine kantonal übergeordnete Koordinationsstelle könnte mehr Übersicht verschaffen, Institutionen respektive Anbieterinnen miteinander vernetzen und Angebote besser aufeinander abstimmen; dies auch mit Rücksicht auf die Komplexität des Themas «Bildung in der frühen Kindheit», das die Verschränkung von Gesundheit, sozialer Sicherheit, Integration und Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordert. Sodann ist auf der schweizerischen UNESCO-Seite nachzulesen, dass vielerorts die Rahmenbedingungen für gute pädagogische Arbeit fehlen und es an bedarfsgerechten Betreuungsangeboten mangelt. Es braucht also genaue Situations- und Bedarfsanalysen, um auf die Zielgruppen angepasste und wirksame Angebote liefern zu können. Nur so gestalten sich familienergänzende Angebote attraktiv und werden gerne genutzt.

Die geplante Revision des KJHG beinhaltet unter anderem auch, dass Familien, die ihre Kinder in Kitas betreuen lassen, finanziell entlastet werden. Der Kanton soll einen Anteil dieser Finanzierung übernehmen, dies ist uns ein grosses Anliegen. Ausserdem möchten wir wissen, wie sich die Qualitätssicherung der mitfinanzierten Angebote gestaltet. Es gilt also abzuwarten, wann und in welcher Form uns der neue Entwurf des KJHG endlich vorliegt, vorgelegt wird. Wir bitten die Bildungsdirektion deshalb, dies so bald wie möglich zu tun.

Wir unterstützen die abweichende Stellungnahme und schreiben das Postulat ab.

*Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon):* Über den Sinn und Unsinn von abweichenden Stellungnahmen kann man durchaus diskutieren. Auch beim vorliegenden Postulat ist dies der Fall, denn der Regierungsrat weist in seinem Postulatsbericht nach, dass Förderung der Kinder im Vorschulalter nicht nur einem seiner Legislaturziele entspricht, sondern dass auch schon einiges gemacht wird. Zudem will der Regierungsrat mit dem Entwurf der KJHG-Änderung die Angebote der frühen Bildung stärker unterstützen und Eltern finanziell unterstützen. Wieso unterstützen wir dann dennoch die abweichende Stellungnahme? Ist das nicht Wasser in die Limmat tragen? Nein, wir meinen, es sei ein wichtiges Zeichen für mehr Frühförderung, für mehr Angebote für alle, für eine bessere Vernetzung und vor allem für eine stabilere Kita-Finanzierung, sprich eine stärkere Beteiligung durch den Kanton.

Der EVP ist die Bildung der nächsten Generation wichtig, und sie beginnt mit fairen Startchancen für alle.

*Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen):* Die Mitte wird das Postulat heute abschreiben. Wir sind aber gespannt, was die Regierung mit der Revision des KJHG vorlegen wird, und wir werden dann die Situation nochmals genau anschauen und auch allenfalls korrigierend eingreifen. Grundsätzlich müssen wir uns aber bewusst sein, dass die grösste Herausforderung bei diesem Thema diejenige sein wird, die Eltern zu erreichen, welche die Unterstützung wirklich benötigen. Man wird sich Gedanken machen müssen, wie man diese am besten erfassen und dann auch bestärken kann, die vorhandenen Angebote zu nutzen.

*Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf):* Ein guter Start ins Leben ist das A und O der Chancengerechtigkeit. Im Kanton Zürich gibt es unterschiedliche Angebote für externe Kinderbetreuung. Es gibt Familienberatungsstellen, es gibt Spielgruppen, es gibt Tagesfamilien et cetera; dies alles findet sich in den einzelnen Gemeinden. Das ist ja schön und gut. Wenn man aber keine Übersicht über die unterschiedlichen Angebote und Akteure hat und diese zudem nicht aufeinander abgestimmt und von unterschiedlicher Qualität sind, dann wird es schlichtweg unübersichtlich und man muss von einem unkontrollierten Jekami im Bereich der frühen Kindheit sprechen. Aus diesem Grund haben wir drei Postulantinnen vor fünf Jahren den vorliegenden Vorstoss eingereicht und den Regierungsrat aufgefordert, eine umfassende und bereichsübergreifende Strategie der frühen Kindheit zu entwickeln und aufzuzeigen, in welchen Bereichen notwendige gesetzliche Grundlagen zu schaffen sind. Wir forderten den Regierungsrat auf, eine Politik der frühen Kindheit zu entwickeln, die bestehenden Angebote zu sichten, zu überprüfen, zu vernetzen und allfällige Lücken im Angebot zu schliessen sowie Rahmenbedingungen zu schaffen, damit bezahlbare Angebote entstehen können. Frühförderung ist eine öffentliche Aufgabe. Alle Kinder sollen optimale Startbedingungen erhalten. Viele Kantone, wie beispielsweise unser Nachbarkanton Thurgau, haben Konzepte zur frühen Förderung entwickelt und setzen diese auch um.

Nun, die fünf Jahre sind tatenlos ins Land gegangen und wir sind immer noch da, wo wir schon immer waren. Es gibt immer noch enorme Lücken in vielen Gemeinden. Die Angebote sind nicht aufeinander abgestimmt und vernetzt und eine Gesamtstrategie, eine Politik der frühen Kindheit ist einfach schlichtweg nicht sichtbar. Aus diesem Grund wird die Alternative Liste die abweichende Stellungnahme unterstützen.

*Christa Stünzi (GLP, Horgen):* Meine Vorrednerinnen Carmen Marty Fässler, Hanspeter Hugentobler und Judith Stofer haben schon vieles gesagt, weshalb dieser Vorstoss eingereicht wurde, weshalb er wichtig war und weshalb er auch noch wichtig ist und weshalb wir deshalb eine abweichende Stellungnahme unterstützen. Manchmal ist es entscheidend, einen Vorstoss abzuschreiben, aber dies nicht einfach wortlos zu tun, gerade hier: Wir haben das Gefühl, dass dieses Thema nicht wirklich ernst genommen wird. Es wurde uns versprochen, dass es im Rahmen der Kita-Vorlage aufgenommen wird, doch diese Vorlage ist immer noch nicht im Rat beziehungsweise in der Kommission. Sie hängt immer noch in der Bildungsdirektion fest. Zudem wurde auch nicht wirklich unser Anliegen aufgenommen. Wir haben gefordert, dass man hier hinschaut und überlegt, wo man besser koordinieren und besser vernetzen kann, damit alle Kinder, die das nötig haben, eine Unterstützung bekommen – zu dem Zeitpunkt, wo es auch wichtig ist. Hier wird nicht wirklich angesetzt. Es wurde aufgeführt, was alles schon gemacht wurde. Aber wie man noch besser dort ansetzen kann, wo es auch wirklich notwendig ist, hierzu wurden keine Angaben gemacht, wie man das verbessern möchte.

Wir fordern eine verbesserte Koordination und Vernetzung und sind der Ansicht, dass die Kinder gerade in diesem Alter die Unterstützung brauchen, wenn sie sie tatsächlich notwendig haben, und nicht mit einer Verspätung oder eben auch gar nicht, weil das Angebot nicht vorhanden ist. Es braucht hier einen Effort, denn die Kinder müssen frühzeitig gefördert und unterstützt werden können. Vielen Dank.

*Marc Bourgeois (FDP, Zürich):* Die Postulantinnen fordern im Kern einen zentralen kantonalen Masterplan für frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung. Die Forderung zeugt in unseren Augen von einem grundsätzlichen Misstrauen zunächst gegenüber den Eltern, dann aber auch gegenüber den Gemeinden und gegenüber dem Regierungsrat, der im Moment an einer Gesetzesrevision arbeitet. Nur der Kanton, so glauben die Postulantinnen offenbar, kann es richten und weiss, was es vor Ort braucht. Dabei werden insbesondere die Unterschiede zwischen den Angeboten der einzelnen Gemeinden kritisiert. Dies erachten wir aber nicht als Schwäche, sondern als Stärke. Die Gemeinden wissen am besten, was es vor Ort braucht und was die Angebote der Bevölkerung der einzelnen Gemeinden auch wert sind.

Der Regierungsrat legt uns in der Postulatsantwort dar, dass es weder auf kommunaler noch auf kantonaler Ebene wesentliche Lücken gibt. Die Probleme beim Erreichen gewisser Eltern aus belasteten Familien sind erkannt. Obwohl verschiedene Programme und Initiativen bestehen, um Familien zu erreichen und die Zugänglichkeit der Angebote zu verbessern, werden insbesondere fremdsprachige und sozial belastete Familien nur teilweise erreicht. Das weiss die Bildungsdirektion. Wir warnen aber davor, bei den Qualitätsvorgaben zu den Kitas und bei der finanziellen Unterstützung der Kitas zu überborden. Ein Minimum an Eigenverantwortung darf den Eltern doch noch zugemutet werden.

Wir können aber in einigen Punkten der abweichenden Stellungnahme durchaus etwas abgewinnen, beispielsweise im Rahmen der besseren Vernetzung oder der Qualitätssicherung. Ein flächendeckend homogenes Angebot lehnen wir aber ab. Jede Hierarchiestufe im Staat soll ihre Hausaufgaben, soweit möglich, selber lösen; zu viele Köche verderben in der Regel den Brei. Auch eine kantonale Kita-Finanzierung wünschen wir nicht. Obwohl das Postulat diesen Punkt nicht explizit gefordert hat, hat es uns nicht überrascht, dass diese Forderung nun in der abweichenden Stellungnahme prominent auftaucht. Im Kern geht es also einmal mehr nur um Geld.

Im Übrigen wollen wir den geplanten Anpassungen im KJHG nicht vorgreifen, deshalb schreiben wir das Postulat ohne abweichende Stellungnahme ab. Besten Dank.

*Monika Wicki (SP, Zürich):* Das Postulat wurde 2019 eingereicht und 2021, zwei Jahre später, mit einer grossen Mehrheit überwiesen. Der Regierungsrat hat für den Bericht wiederum zwei volle Jahre gebraucht. Man sagt, Grund sei die Erar-

beitung der Kita-Vorlage gewesen, in die der Regierungsrat gleichzeitig die Arbeiten zur frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung eingearbeitet hat. Aber auch hier geht nichts vorwärts.

Die Kommission hat diskutiert und ist zu einer abweichenden Stellungnahme gekommen. Die Argumente haben wir heute gehört. Ich bin froh, dass es diese abweichende Stellungnahme gibt, aber was wird das bewirken? Insgesamt, muss ich zugeben, bin ich enttäuscht. In der ganzen Schweiz wird das Thema durch eine breite Mehrheit getragen, aber im Kanton Zürich geht nichts, gar nichts. Zwei Jahre bis zur Überweisung, zwei Jahre bis zum Bericht, ein Jahr bis zur Verhandlung im Rat, und das Ergebnis? Null.

Wir haben kein Misstrauen gegenüber den Eltern und es geht auch nicht um Geld. Der Kanton hat einen Auftrag gegenüber den Kindern und gegenüber den Familien. Er hat eine Koordinationsaufgabe und die Aufgabe, Qualität zu sichern, und das ist im Moment nicht gewährleistet. Nach fünf Jahren muss die Kommission mit einer abweichenden Stellungnahme darauf hinweisen, dass nichts geschehen ist, dass weiterhin dringender Handlungsbedarf besteht. Die Vernetzung der Angebote ist dringend notwendig. Zudem muss geschaut werden, dass vor allem notwendige und wirkungsvolle Angebote unterstützt werden. Setzen Sie ein Zeichen, unterstützen Sie die abweichende Stellungnahme und fordern Sie mit uns die Regierung auf, endlich zu handeln. Vielen Dank.

*Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich):* Herr Bourgeois, die Betonung auf die Hierarchiestufen «Gemeinde», «Kanton», das finde ich sehr interessant. Es wäre schön, wenn ihr das auch beim Thema «Tempo 50 versus 30» machen würdet.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Das Wort für eine Replik, weil er angesprochen wurde, gebe ich Marc Bourgeois.

*Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Ja, liebe Jasmin, das ist jetzt ziemlich off-topic, aber auch dort gibt es eine Hierarchie: Es gibt Nationalstrassen, da bestimmt der Bund das Tempo, es gibt Kantonsstrassen, da bestimmt der Kanton das Tempo, und es gibt kommunale Strassen, da bestimmen die Gemeinden das Tempo; alles ganz sauber. Besten Dank.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Bevor ich Rochus Burtscher das Wort gebe, gratuliere ich ihm und an dieser Stelle auch gleich Urs Wegmann herzlich zum Geburtstag. Dass die beiden ihren Geburtstag mit uns den ganzen Tag im Rat verbringen, ist natürlich schön. Herzliche Gratulation euch beiden. *(Applaus)*

*Rochus Burtscher (SVP, Dietikon):* Herzlichen Dank, ich danke für den Applaus. Ich glaube kaum, dass ich für das kleine Votum dann auch so viel Applaus bekomme. Wir haben jetzt ja noch die Kurve gekriegt, sodass wir von der Verkehrsdebatte wieder zur Bildungsdebatte kommen.

An Monika Wicki: Doch, es geht um Geld, und zwar geht es um viel Geld, es sei denn, ich habe Livia Knüsel und Carmen Marty nicht richtig zugehört oder sie

schlicht falsch verstanden, aber es geht um Geld. Es heisst nämlich fördern, fördern, fördern und nochmals fördern. Am liebsten möchte die linksgrüne Seite alles gratis haben. Mit eurem Gehabe wird aber alles teurer, und dann ruft ihr wieder nach Vergünstigung. Hier beisst sich die Katze in den Schwanz. Hier geht es aber auch bei den Eltern um Eigenverantwortung. Gebt doch mal den Eltern die Chance, Eigenverantwortung zu tragen. Mit dem, was ihr alles fordert, nehmt ihr den Eltern das Denken ab. Das wollt ihr, dass die Eltern nicht mehr selber denken können. Deshalb: Abschreiben ohne abweichende Stellungnahme. Danke.

*Monika Wicki (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Ja, lieber Rochus Burtscher, Entschuldigung, dass ich das Wort nochmal ergreife. Vielleicht geht es tatsächlich um Geld, aber es geht eben auch um Geldverschwendung; Geldverschwendung dadurch, weil die Departemente unserer Regierung nicht zusammenarbeiten, Geldverschwendung deswegen, weil Angebote doppelt und dreifach aufgebaut und unterstützt werden, anstatt dass man schaut, welche Angebote wirklich ziel führend in einer Gemeinde aufgebaut werden sollen oder bestehen bleiben sollen, damit diese Kinder unterstützt und gefördert werden können, die es auch wirklich nötig haben. Das ist aus unserer Sicht Geldverschwendung und deswegen sage ich: Es geht nicht um Geld. Es geht nicht um mehr Geld, sondern es geht um den gezielten Einsatz der Ressourcen, die wir haben. Und da, denke ich, wenn wir, wie die Bildungsdirektion in der Kita-Vorlage vorgesehen hatte, die Screenings von Kindern zwangsweise zusätzlich verordnen und das dann über die Krankenkasse abrechnen wollen, dann geht es dann um viel Geld. Und da hoffe ich dann, dass Sie auch einen Blick darauf haben werden, dass das Geld nicht unnötig ausgegeben wird. Vielen Dank.

*Regierungsrätin Silvia Steiner:* Die Förderung der Kinder im Vorschulalter ist nicht nur dem Kantonsrat, sondern auch dem Regierungsrat ein grosses Anliegen. Wichtig ist es, sich die Zuständigkeiten in Erinnerung zu rufen. Die Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit findet in erster Linie in der Familie statt. Der Kanton gewährleistet ein bedarfsgerechtes Angebot an ergänzenden Hilfen zur Erziehung sowie den Zugang zu Abklärungsstellen und sonderpädagogischen Massnahmen im Vorschulbereich. Entsprechend unterstützen die kantonalen Jugendhilfestellen Familien durch Beratungen und Informationen. Die Gemeinden hingegen sind für die familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter zuständig und verantwortlich. Es ist an den Gemeinden, ein bedarfsgerechtes Angebot sicherzustellen.

Sie bemängeln in der abweichenden Stellungnahme, dass es in den Gemeinden zu wenige Tagesfamilien, Spielgruppen und Elterntreffpunkte gibt. Sie verlangen eine neue und erneute Situationsanalyse und fordern, dass der Bedarf abgeklärt wird. Kurz: Sie stellen damit fest, dass die Gemeinden ihre gesetzlichen Aufgaben bisher nicht genügend wahrnehmen. Sie können die Gemeinden an ihre Pflichten erinnern. Es geht aber nicht an, dass Sie immer dann, wenn Sie der Meinung sind, die Gemeinden erfüllen gewisse Aufgaben nicht, diese Aufgaben reflexartig dem

Kanton übergeben. Sie verlagern laufend Aufgaben und Lasten auf den Kanton und höhlen gleichzeitig die Gemeindeautonomie aus.

In der abweichenden Stellungnahme wird auch die Forderung nach einer angemessenen finanziellen Beteiligung des Kantons an der familienergänzenden Betreuung aufrechterhalten. Liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte, ich kann Ihnen versichern, diese Forderung ist bei uns längst angekommen. Der Regierungsrat hat eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung gegeben. In der war übrigens nichts, aber auch gar nichts von einem Screening die Rede. Vielleicht müsste man die Vorlagen halt mal genau lesen.

Zwischenzeitlich legiferiert auch der Bund in dieser Sache, das wissen Sie sicher, das macht die Ausgangslage nicht gerade einfacher. Solange wir nicht wissen, was der Bund genau vorhat und wie er finanzieren möchte, ist es für den Regierungsrat kaum möglich, eine passende Vorlage dazu vorzulegen. Ich sage es deshalb nochmals: Irgendwann sind die finanziellen Mittel des Kantons erschöpft und dann wird es nicht mehr ohne schmerzhaft Abstriche gehen. Diese Abstriche betreffen dann auch die Leistungen, die heute ohne die Gemeinden, wie beispielsweise die Mittel- und Berufsfachschulen oder die Hochschulen, finanziert werden. Das bereitet mir Sorgen und ich möchte dies vermeiden. Ich bitte Sie deshalb, auch in diesem Sinne zur Kenntnis zu nehmen, dass der Kanton seine Aufgaben im Bereich der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung insgesamt erfüllt, und ich bitte Sie, das Postulat ohne abweichende Stellungnahme als erledigt abzuschreiben.

#### *Abstimmung*

**Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Rochus Burtscher gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 87 : 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Minderheitsantrag zuzustimmen und somit das Postulat KR-Nr. 340/2019 ohne abweichende Stellungnahme abzuschreiben.**

Das Geschäft ist erledigt.